

Klaus Wagener

Den Teufel mit Beelzebub austreiben

Wie uns Sahra Wagenknecht vor dem Kapitalismus rettet

Der Titel wirkt so, als wolle uns die Autorin gleich zu Beginn klarmachen, wie ambivalent das nun Kommende sein wird. „Reichtum ohne Gier“, das klingt nach Oxymoron, nach Widerspruch in sich und auch der erstaunlich naive Untertitel, „Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten“, macht die Sache kaum plausibler. Immerhin verspricht der Klappentext den „Entwurf einer neuen Wirtschaftsordnung“. Und mit ihrer Forderung, es sei „Zeit den Kapitalismus zu überwinden“ dürfte sie nicht wenigen Lesern dieser Zeitschrift aus dem Herzen sprechen. Doch schon die nächsten Sätze machen stutzig: „Wir leben in einem Wirtschaftsfeudalismus, der mit freier oder sozialer Marktwirtschaft nichts zu tun hat. Und die Innovationen, die uns bei der Lösung wirklich wichtiger Probleme weiterbringen, bleiben aus (...) Wir müssen Talent und echte Leistung belohnen und Gründer mit guten Ideen fördern, sagt Sahra Wagenknecht.“ Leistung muss sich wieder lohnen, das allerdings hatten vor ihr schon andere gesagt.

Nun dürfte bei der Umschlaggestaltung, inklusive des Textes, die Marketingabteilung des Verlages ein gewichtiges Wort mitgeredet haben. Daher ein kurzer Blick in den Anmerkungsapparat. Bei 103 Zitatstellen ist keine von Karl Marx, oder einem anderen marxistischen Wirtschaftstheoretiker, und selbstredend keine von Wladimir Illjitsch Lenin. Dafür ist alles gut vertreten, was die bürgerliche Gesellschaft an prominenter ökonomiewissenschaftlicher Interessensvertretung so aufzubieten vermag. Auch und gerade jene, deren Glaubenssätze sich gerade in der Krise wieder einmal so eindrucksvoll als wissenschaftlicher Voodoo und reine Interessenapologetik erwiesen haben.

Das muss nichts Erkenntnishemmendes sein. Es kommt darauf an, wozu es dient. Möglich also, es geht Frau Wagenknecht um eine kritische Abrechnung mit dem zynischen Sozialdarwinismus des

dominanten neoliberalen Mainstream. Möglich auch um eine, gewissermaßen taktisch-distanzierte Argumentationsfigur, die den Freiburger Ordoliberalismus als Antidot gegen die aktuellen Verheerungen ins Feld führen möchte. Leider gibt der Text beides nur sehr bedingt her.

Was mit ihrem Aufruf, „Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten“, auf jeden Fall nicht gemeint ist, macht die Autorin auf Seite 253f klar. Auf die von ihr zitierte Vorhaltung, „man habe doch bis 1989 im Osten Europas und in der Sowjetunion gesehen, wohin es führe, wenn der Staat oder andere Formen des Kollektivismus an die Stelle des persönlich verantwortlichen, haftenden Eigentümers treten: Zu Schlamperei, Lotterwirtschaft und technologischer Stagnation. Und dahin wolle doch wohl niemand zurück,“ antwortet Frau Wagenknecht mit einem entschiedenen: „Nein, dahin wollen wir nicht zurück.“ Und an anderer Stelle stellt sie im Kontext der Debatte um das „Internet der Dinge“ die rhetorische Frage: „Heißt das, dass die alte Planwirtschaft, die in den neunziger Jahren nahezu jeder für gescheitert hielt, ihr Revival in einer modernisierten Hochtechnologievariante vorbereitet?“ Ihr Antwort: „Ganz sicher nicht“ (113). Das ist dann auch schon so ziemlich alles in Richtung Systemalternative.

„Wir“ retten uns also nicht „vor dem Kapitalismus“ indem wir in die Lotterwirtschaft des Sozialismus flüchten. Wie dann? Nun, mit ihrem Begriff „Kapitalismus“ meint Frau Wagenknecht mitnichten den realen Kapitalismus. Jedenfalls nicht Kapitalismus im Sinne einer historisch, nach inneren Gesetzmäßigkeiten, organisch im Konkurrenz- und Klassenkampf gewachsenen, global ausgerichteten Gesellschaftsformation, die auf dem Kapitalverhältnis, einem Ausbeutungsverhältnis zwischen Menschen, beruht. Der Begriff bleibt bei ihr schillernd-unscharf, zum Teil logisch widersprüchlich. Im Abschnitt mit dem einigermaßen überraschenden Titel „Warum echte Unternehmer den Kapitalismus nicht brauchen“, (129) versucht es die Autorin zunächst mit einer Definition ex negativo. Kapitalismus sei „keine Marktwirtschaft“, „keine Leistungsgesellschaft“, „keine

wirtschaftliche Ordnung, in der Anstrengung und Fleiß über Aufstieg und Erfolg entscheiden“, „keine Wirtschaft, in der private Akteure dann hohe Gewinne machen, wenn sie besonders hohe Risiken eingehen.“ (129) Und dann positiv: „Kapitalismus“ unterscheidet sich von anderen Ordnungen dadurch, „dass in ihm nicht allein *mit Kapital* produziert“ werde, „sondern *um des Kapitals willen*, (Hervorhebung S.W.) dass in ihm also die Erträge auf das eingesetzte Kapital das eigentliche Ziel der Produktion sind.“ (129f) Wer hier die Hoffnung auf einen marxistischen Ansatz hegt, wird umgehend eines Besseren belehrt. Frau Wagenknecht sieht die Lösung keineswegs in der Abschaffung des Kapitalverhältnisses, das ja die Produktion „*um des Kapitals willen*“ zwangsläufig beinhaltet, sondern, im „funktionierenden Markt“. Denn „im perfekten Wettbewerb fallen sämtliche Gewinne dem Konkurrenzkampf zum Opfer“, zitiert Frau Wagenknecht zustimmend den Paypal-Gründer Peter Thiel, „Wettbewerb und Kapitalismus sind ein Widerspruch.“ (134) „Leistungslose Einkommen auf der einen, offene Märkte auf der anderen Seite“ passten nicht zusammen. Langfristig gäbe es „im harten Wettbewerb auf einem offenen Markt keinen Grund, weshalb ein Unternehmer mehr als seine eigene unternehmerische Leistung bezahlt bekommen sollte.“ (130) Das ist kühn. Der „funktionierende Markt“ setzt hier sogar den Kapitalwiderspruch außer Kraft - und das nach 40 Jahren „Deregulierung“.

Im Abschnitt „Warum echte Unternehmer den Kapitalismus nicht brauchen“ (129ff) erläutert Frau Wagenknecht das kapitalistische Profitprinzip sogar mit Hilfe von „Marx' Profittheorie“. (130) Nicht wirklich konsequent, denn die private Aneignung des gesellschaftlich erarbeiteten Mehrwerts tatsächlich ernstgenommen, würde ihre Forderung nach Beseitigung „leistungsloser Erträge aus Kapitaleigentum“ (129) unter kapitalistischen Bedingungen auf die Rückkehr zur einfachen Warenproduktion hinauslaufen. Frau Wagenknecht, ganz Mikroökonomin, glaubt dagegen, dass, wenn das Wert- und Mehrwertgesetz gelte, die Lösung ja auf der Hand läge: „Arbeiter macht euch selbstständig, beschäftigt am besten gleich noch Frau, Sohn und Cousine mit und streicht die Gewinne ein, die sich bisher der Kapitalist unter den Nagel gerissen hat.“ (131) Da das offensichtlich nicht funktioniert und man auf diesem Wege kaum

„wirklich reich“ würde, stelle sich die Frage „Was machen die Leute falsch?“ (131). Die Erklärung der Autorin: Falsche Frage! Es ist der Markt, der nicht effizient ist. Es ist die „Abwesenheit ausreichender Konkurrenz“, die Blockade durch die „hohen Kapitalanforderungen“, die „staatlich geschützten Patentrechten und Copyrights“ (132), die verhindern, dass die Arbeiter „selbstständig“, „echte Unternehmer“ wie Peter Thiel und „wirklich reich“ werden.

Zentraler Bezugspunkt aller Marktgläubigen ist die Staatsfrage. In ihr spiegelt sich die Ambivalenz der staatsmonopolistisch-imperialen Ordnung, die bei lautstarker, neoliberaler Propagierung des Gegenteils, realiter ohne einen markanten Staatssektor schlicht nicht funktionsfähig wäre. Ohne die staatlichen Investitionen in Infrastruktur, Verkehr, Bildung, Gesundheitswesen, Forschung und Sozialkassen etc.pp. wäre kein kapitalistischer Staat zu machen. Grob formuliert, je höher die Staatsquote umso „nachhaltiger“, sozialer und ausgeglichener die Gesellschaft. In Skandinavien liegt sie deutlich über 50 Prozent.

Frau Wagenknecht beschreibt ihre Staatsbetrachtungen im Abschnitt „Die sichtbare Hand des Staates“ (116ff). Dieser ist, klassisch, ausschließlich negativ wahrgenommen, in seiner Funktion als staatlicher Unternehmens-Finanzierer und militärischer Rambo, der den Monopolinteressen national und international zum Durchbruch verhilft und so sowohl den „harten Wettbewerb“ und den „funktionierenden Markt“ außer Kraft setzt und dadurch den „Newcomern“ kaum noch eine Chance lässt (129). Monopole, Staats- und Zentralbankinterventionismus, finanzkapitalistischen Erbadel, das ist für Frau Wagenknecht „Kapitalismus“. Aus dieser zwar zutreffenden, aber doch ziemlich eindimensionalen Perspektive glaubt die Autorin zu wissen: „Die Annahme, die Unternehmer bräuchten den Kapitalismus, ist ein großer Irrtum.“ „Echte Unternehmer“ seien „diejenigen, die gemeinsam mit ihren Beschäftigten für wirtschaftliche Dynamik, Innovation und gute Produkte“ sorgten. (136) Und was die Unternehmensgründer brauchten, sei „Kaufkraft, Kapital, um investieren zu können“. (136) „Die leistungslosen Kapitaleinkommen, für die wir mittlerweile fast ein Drittel unserer

Wirtschaftsleistung aufbringen, fallen ausschließlich deshalb an (!), weil die große Mehrheit der Menschen in unserer heutigen Wirtschaftsordnung keinen direkten Zugang zu Kapital hat und auch nie bekommt.“ (135)

Den „echten Unternehmern“ ihren schwierigen Weg zu Kapital zu erleichtern ist denn auch das zentrale Motiv der Autorin zur Umgestaltung des Bankensektors. (Dazu sollte man wissen, dass die ganz realen Unternehmen in 2015, laut Wirtschaftswoche, statt zu investieren, satte 3,2 Prozent des BIP, 97 Mrd. Euro, - netto - auf die hohe Kante, bzw. ins Ausland verbracht haben. Es gibt so etwas wie Überakkumulation und eine tendenziell fallende Profitrate.) Frau Wagenknecht beschreibt ihr Anliegen im Absatz „Wir können auch anders: Gemeinwohlbanken“. (183ff) Aus einer Analyse, des gegenwärtig bekannt hypertrophen Finanzsektors und einer aus der Kredit- und Zirkulationssphäre abgeleitete Geldtheorie (mit deutlichen Anleihen bei der Inflationsphobie des Monetarismus (215)) entwickelt die Autorin ihre Vorstellung von einem „vernünftigen Finanzsektor“ (223), Dieser entspreche im Großen und Ganzen dem „Geschäftsmodell der Sparkassen und Genossenschaftsbanken“. Das Ziel sei „ein kleinteiliger, gemeinwohlorientierter Finanzsektor, der kostendeckend, aber nicht profitorientiert (!) das öffentliche Gut *Geld* so bereitstellt, dass die Wirtschaft sich nach den gesellschaftlich gesetzten Prioritäten entwickeln kann.“ (223f) „Aufgabe eines funktionierenden Bankensektors wäre es, Geld in die wirtschaftlichen Bereiche zu lenken, die uns einen steigenden Lebensstandard bei gleichzeitiger Anwendung besserer, also arbeitssparender und zugleich naturverträglicherer Technologien ermöglichen.“ (186) Frau Wagenknecht entwickelt dazu ein differenziertes Modell eines idealen Finanzsektors, das angesichts der politökonomischen Realitäten ein wenig an die konkretistischen Entwürfe der Utopisten erinnert, die ebenfalls an die Macht des Arguments und des guten Beispiels glaubten.

Bislang galt den Marktgläubigen der Markt, also das Profitprinzip, als die fähigste Instanz zur optimalen Ressourcenallokation, nun tritt plötzlich der Finanzsektor als legitimer Sachwalter „gesellschaftlich

gesetzter Prioritäten“ auf. Wer auch immer diese definiert haben mag. Frau Wagenknecht beruft sich bei ihrem Vorhaben zur „erfolgreiche(n) Kreditlenkung“ (231) auf das japanische MITI (Ministerium für internationalen Handel und Industrie), mit dem „eine Art Planwirtschaft“ (231) in Japan existiert habe. (Kapitalistisch gedacht hat Planwirtschaft offenbar doch sein Gutes, auch wenn sie vorher als „Lotterwirtschaft“ natürlich des Teufels war.)

„Wenn wir irgendwann eine Wirtschaft mit Grüner Energie und Kreislaufprozessen haben wollen, spricht viel dafür, für die Erforschung und Anwendung innovativer Technologien, die uns diesem Ziel näherbringen, bevorzugt und im großen Umfang Mittel bereitzustellen.“ (231) Das ist richtig. Dafür spricht vieles. Wie für unzählige andere Probleme auch, für deren Lösung „viele spräche“. Diese oder ähnliche Formulierungen finden sich denn auch reichlich im Text. Allerdings ist es mit Vernunft leider nicht getan. Der ganz reale Kapitalismus ist nicht vernünftig, sondern chaotisch, asozial, bellizistisch; auch wenn dafür vieles spräche nicht human und nicht ökologisch, sondern zynisch. Wenn der reale Kapitalismus ein bisschen anders aussehen soll, muss er dazu im harten Klassenkampf gezwungen werden. Insbesondere, wenn es gegen die stärkste Macht geht, die der reale Kapitalismus aufbieten kann: Das internationale Finanzkapital. Diese Fraktion hat noch nie vergessen, dass sie ihre Pfründe nur im unentwegten, harten Powerplay gegen alles, was nach links oder auch nur nach nicht-neoliberal riecht, verteidigen kann. Wenn es denn eine Kraft gibt, die tatsächlich Veränderungen bewirken könnten, wenn sie und ihre Organisationen es denn wollten, wären es die arbeitenden Menschen. Nur dazu ist in „Reichtum ohne Gier“ nahezu nichts zu lesen. Dagegen dominiert das konturlose, schon fast ein wenig völkisch anmutende „Wir“.

„Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind unser Werk (...) natürlich steht es uns frei, sie anders zu gestalten, wenn wir zu dem Schluss kommen, dass sie in ihrer jetzigen Form nicht funktionieren.“ (141) Dieser hoffnungsfrohe Voluntarismus macht deutlich, wir bewegen uns hier nicht auf dem Gebiet der Dialektik und der politischen Ökonomie, sondern auf dem Feld einer gewissermaßen neokantianischen, teil neocalvinistischen Ethik, die „Kapitalismus“

mit seinen (von „uns“ anders zu gestaltenden) aktuellen Erscheinungsformen gleichsetzt und seinen im Imperialismus auf die Spitze getriebenen, inhärent antihumanen Wesensgehalt ausblendet. Mit diesem definitorischen „Trick“ ist es möglich, den Kapitalismus in seiner aktuellen Erscheinungsform durchaus zutreffend bissig anzuprangern, ohne ihn wirklich als System, als historische Formation zu meinen und ändern zu wollen.

Frau Wagenknechts „Rettung vor dem Kapitalismus“ läuft auf die Rückabwicklung einer spezifischen Entwicklungsstufe des Kapitalismus hinaus, die sie mit „Globalkapitalismus“ (27) beschreibt. Verkleinerung sei „aus Gründen der Effizienz und Innovationskraft unserer Wirtschaft geboten. Immerhin zerstören die Giganten mit ihrer Marktmacht nicht nur demokratische Gestaltungshoheit, sondern auch echten Wettbewerb.“ (27) Was hier aufscheint, ist eine romantische Rückkehr zum Konkurrenzkapitalismus Mitte des 19. Jh.. Frau Wagenknechts Eucken-Zitate sind keine taktische Finessen, sondern offensichtlich innere Überzeugung. Wir befinden uns also auf dem weiten Feld der Kapitalismus-Sanierer. Dieses Feld ist schon von vielen, sozialdemokratischen Reformern und (klein)bürgerlichen Symptomverbesserern beackert worden, bis sich mit der Niederlage des Sozialismus 1989 dann wieder der ganz ordinäre Imperialismus von Big Money durchgesetzt hat. Die Frage ist also, inwieweit Frau Wagenknecht hier Originelles bieten kann. Immerhin hat selbst der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Marcel Fratscher in seinem Buch „Verteilungskampf“ bemerkt, dass es in Deutschland so ungerecht wie in kaum einem anderen Land der Welt zugehe und dass die hohe Ungleichheit in der Vergangenheit zu einem sechs Prozentpunkte schwächeren Wachstum der deutschen Wirtschaft geführt habe.

Bei allem Respekt vor ihren medienwirksamen Auftritten, stellt sich die Frage nach der emanzipatorischen Kraft ihrer Analyse. Hat der gegenwärtige Kapitalismus wirklich ein Effizienz- und Innovationsproblem? Mangelt es tatsächlich an den „neuen Technologien“, den „neuen Produktideen“, (152) die unser Leben schöner machen? Oder haben „wir“, die arbeitenden Menschen, nicht

vielmehr ein Machtproblem. Ein (Ohn-)Machtproblem, das selbst simpelste Elemente sozialökonomischer Vernunft, wie hinreichende Löhne, solide Gesundheits- und Altersversorgung, exzellente Bildung für alle, intakte Infrastruktur etc. etc., eben nicht Wirklichkeit werden lässt. Und zwar nicht, weil es nicht geht, oder keiner weiß wie, sondern schlicht, weil es den kurzfristigen Profit der 1 Prozent schmälert. So sehr man ihr in Teilaspekten ihrer Finanzmarktanalyse folgen mag, und viele ihrer mit viel Akribie zusammengestellten Einzelbeschreibungen teilt, mit ihrer strategischen Orientierung erweist Frau Wagenknecht den linken Kräften in der Bundesrepublik bedauerlicherweise einen Bärendienst. Indem sie eine Systemalternative verwirft und sogar einer illusionären, ordoliberalen Romantik das Wort redet, ist ihr Ansatz selbst für Reformprojekte nur bedingt tauglich.

Erschienen in der Zeitschrift *Marxistische Blätter* 3_16